

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Hempelmann, Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9578 –

Keine Hermesbürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. sowie der Abgeordneten Ute Koczy, Sylvia Kotting-Uhl, Beate Walter-Rosenheimer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9579 –

Keine Bürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3

A. Problem

Zu Buchstabe a und b

Forderung nach einem Ende der Exportförderung von Atomtechnologie im Allgemeinen und nach einer Rücknahme der Grundsatzzusage für eine Hermesbürgschaft zum Bau des Kernreaktors Angra 3 in Brasilien im Besonderen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9578 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9579 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9578 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/9579 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/9578** wurde in der 181. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Mai 2012 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/9579** wurde in der 181. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Mai 2012 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der SPD zielt darauf ab, eine Hermesbürgschaft zum Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 zu verhindern. Die bereits Anfang Februar 2010 erteilte Grundsatzzusage des innerhalb der Bundesregierung zuständigen Interministeriellen Ausschusses für die Bürgschaft sei mit der Beteiligung der Siemens AG an der AREVA NP GmbH begründet worden. Mittlerweile sei die Siemens AG jedoch aus diesem Kraftwerksbauer ausgestiegen und seit dem 18. März 2011 nicht mehr Anteilseigner an dem ursprünglich deutsch-französischen Joint Venture AREVA NP GmbH. Somit fehle es an einer deutschen Unternehmensbeteiligung. Zudem sei unabhängigen Gutachten zufolge der geplante Standort für den Bau eines weiteren Reaktors ungeeignet. Das Projekt weise fundamentale geologische, geografische, technische und sicherheitspolitische Schwachpunkte auf. Deutschland habe sich im Jahr 2011 mit breiter parlamentarischer Mehrheit für einen Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. Dennoch fördere die Bundesrepublik Deutschland die Nutzung und den Ausbau der Atomtechnologie in anderen Ländern. Durch die Außerkraftsetzung der seit dem Jahr 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien durch die Bundesregierung zu Beginn der 17. Wahlperiode sei die Exportförderung von Technologien zum Neubau und zur Umrüstung von Atomanlagen wieder ermöglicht worden. Dies sei unverantwortlich, inkonsequent und nicht vermittelbar. Wenn der Atomausstieg ernst gemeint sei, müsse die Exportförderung von Atomtechnologie umgehend beendet werden. Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung unter anderem auf, die Hermesbürgschaft für die Beteiligung am Bau des Kernreaktors Angra 3 nicht zu gewähren und die entsprechende Grundsatzzusage zurückzuziehen. Auch solle sie ab sofort keine Hermesbürgschaften mehr für Nukleartechnologien oder andere Technologien vergeben, die für

den Bau von Kernkraftwerken bestimmt seien. Die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 müssten umgehend wieder in Kraft gesetzt und eingehalten werden. Die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien sollten durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz ersetzt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9578 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellenden Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung unter anderem auf, ab sofort keine Hermesbürgschaften mehr für Atomtechnologien oder andere Technologien zu vergeben, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt seien. Alle bereits vorliegenden Anträge für Exportkreditgarantien im Zusammenhang mit solchen Technologien müssten abgelehnt werden. Insbesondere die Hermesbürgschaft für die Beteiligung am Bau des Atomreaktors Angra 3 in Höhe von 1,3 Mrd. Euro dürfe nicht gewährt und die entsprechende Grundsatzzusage müsse zurückgezogen werden. Die den Antrag stellenden Fraktionen betonen, dass es spätestens nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima einen gesamtgesellschaftlichen Konsens ins Deutschland gebe, endgültig aus der Atomtechnologie auszusteigen. Daher habe Deutschland im Jahr 2011 den Ausstieg aus der Atomenergie mit breiter parlamentarischer Mehrheit beschlossen. Die bittere Erkenntnis, dass naturräumliche Risikofaktoren zu einer bis dahin unvorstellbaren Katastrophe führen könnten, müsse auch bei der sicherheitstechnischen Bewertung des geplanten Projekts in Brasilien dringend berücksichtigt werden. Ein „Weiter so“ sei unverantwortlich. Es wird weiterhin ausgeführt, dass sich die brasilianische Anwaltskammer im Juli 2011 an den Obersten Gerichtshof Brasiliens gewandt habe, um einen Baustopp für Angra 3 zu erwirken. Diese ungeklärte Rechtslage erhöhe die Risiken des Projekts und damit die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland für das gescheiterte Projekt einstehen müsse. Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, die Exportförderung von Atomtechnologien zu beenden und Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu ersetzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9579 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9578 in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9578 in seiner 116. Sitzung am 27. Februar 2013

beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9578 in seiner 91. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9578 in seiner 74. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9579 in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9579 in seiner 116. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9579 in seiner 91. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9579 in seiner 74. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Petitionen

Dem Ausschuss lag eine Petition zu den Drucksachen 17/9578 und 17/9579 vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat.

Der Petent fordert, dass keine Hermesbürgschaften für Atomkraftwerke im Ausland bereitgestellt werden.

Dem Anliegen des Petenten wurde mit der Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 17/9578 und 17/9579 nicht entsprochen.

Berlin, den 27. Februar 2013

Erich G. Fritz
Berichterstatter

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf den Drucksachen 17/9578 und 17/9579 in seiner 94. Sitzung am 27. Februar 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass die Hermesbürgschaft zur Unterstützung deutscher Exporteure diene und nicht in erster Linie ein politisches Lenkungsinstrument mit bestimmten Kriterien sei. Dennoch gebe es seit Jahrzehnten den untauglichen Versuch, die Bürgschaft für diesen Zweck zu nutzen. Deren Vergabe sei kein einfacher Verwaltungsakt, sondern ein abgewogener Entscheidungsprozess unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, dass die Anträge auch dann noch aktuell seien, wenn keine Hermesbürgschaft für Angra 3 erforderlich sei. Denn diese bezögen sich generell auf die Förderung des Exports von Atomtechnologien.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass es Deutschland nicht zustehe, bei der Frage der Nutzung von Atomtechnologie anderen Ländern die eigene Auffassung aufzuzwingen. Es liege im Interesse Deutschlands, hochwertige Technologien zu exportieren, da auf diesem Wege weltweit zur Sicherheit von Kernkraftwerken beigetragen werde.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob den aus ihrer Sicht bestehenden Widerspruch zwischen dem nationalen Ausstieg aus der Atomenergie und der Förderung des Exports von Atomtechnologien hervor. Sie verwies darauf, dass sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP am 28. November 2012 gegen eine weitere Bürgschaftsvergabe für Atomexporte ausgesprochen habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** berichtete, dass die Diskussion über die Hermesbürgschaft für Angra 3 in Deutschland auch die Debatte in Brasilien befördert habe und betonte, dass die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 wieder in Kraft gesetzt und eingehalten werden müssten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9578 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9579 zu empfehlen.

